

II-7907 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3895 U

ANFRAGE

1992 -12- 03

der Abgeordneten Kraft, Freund und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend wirtschaftliche Situation im Bezirk Braunau

Auftragsrückgänge, Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund schlechter wirtschaftlicher Lage und verstärkter internationaler Konkurrenz charakterisieren die derzeitige Wirtschaftslage im Bezirk Braunau. Bereits in den letzten zehn Monaten ging die Zahl der Berufstätigen massiv zurück, die beschlossenen und unten angeführten Kündigungen lassen im nächsten Jahr ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit und eine noch weitere Zunahme der sozialen Spannungen erwarten. Bereits heute herrschen große Unruhe und Sorge hinsichtlich der beruflichen Zukunft. Abwanderungen in lukrativere Gegenden und weite Anreisen zum neuen Arbeitsplatz sind zu befürchten.

Arbeitskräfteabbau (200) bei Sakog
Arbeitskräfteabbau (300) bei Telefunken
Arbeitskräfteabbau (1300) bei der AMAG
Probleme der Firma Wacker Chemie (Abbau österreichischer Grenzpendler)

Zu dieser tristen Arbeitsplatzsituation tritt nun der Plan der ÖIAG-Tochter ASA, in Ranshofen eine Verbrennungsanlage für gefährliche Abfälle zu errichten. Anfang November wurde in einer in Braunau angesiedelten Firma eine anonyme Befragung betreffend dieser Sondermüllverbrennungsanlage in Ranshofen durchgeführt, wobei das Ergebnis repräsentativ sein dürfte für den Großteil der Bevölkerung.

Kernaussagen der Befragung:

- * 99,3% der befragten Arbeitnehmer sprachen sich gegen einen Bau der Sondermüllverbrennungsanlage aus.
- * 98,5% sagten, daß weitere Umweltbelastungen durch überlastete Straßen bereits vorprogrammiert seien.
- * 97,7% nannten das vorgebrachte Argument der verkehrsgünstigen Lage des Standortes eine Frechheit.

- * 94% der Befragten gaben an, daß die derzeitige Gesundheitsbelastung ohnehin schon sehr hoch sei.
- * 91,2% äußerten, daß auch die moderne Technik keine 100% Garantie abgeben kann, daß keinerlei Schadstoffe die Umwelt und Gesundheit belasten.
- * 87,4% meinten, daß menschliches Versagen beim Umgang mit gefährlichen Gütern nicht ausgeschlossen werden kann.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

Anfrage

- 1) Welche sozialpolitischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung kurzfristig zu setzen, um die Folgewirkungen der Kündigungswelle abzufedern?
- 2) Was ist mittelfristig die industriepolitische Strategie der Bundesregierung für den Bezirk Braunau?
- 3) Hat die Bundesregierung bereits Schritte in die Wege geleitet, um Betriebsansiedelungen im Bezirk Braunau zu begünstigen?
- 4) Gedenkt die Bundesregierung die Ansiedlungsgesellschaft ICD mit der Ansiedlungsplanung zu betrauen?
- 5) Wurde bereits eine definitive Entscheidung über den Bau der Sondermüllverbrennung getroffen?
- 6) Wird bei der weitreichenden Entscheidung die Meinung der Bevölkerung ins Kalkül gezogen?
- 7) Gibt es bereits Alternativszenarien für die Sondermüllverbrennungsanlage?